

II- 1715 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 906/J

1976-12-17

Anfrage

der Abgeordneten Dr. STIX, Dr. SCHMIDT
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Entschädigung für Nebentätigkeit

Die Entschädigungen für Vortragende (Kurslehrer) an Lehrgängen des Bundes und für Mitglieder von Dienstprüfungskommissionen im Bereich der Justiz wurden mit Erlaß des Bundesministeriums für Justiz vom 9.9.1976 neu festgesetzt. Von den Betroffenen wird diese Neufestsetzung als eine einschneidende Kürzung im Vergleich zu den bisher gezahlten Gebühren bezeichnet.

Aufgrund von Beschlüssen der Bundessektionsleitung der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten sowie auch des Vorstandes der Österreichischen Richtervereinigung wurde der betroffene Personenkreis aufgefordert, die Lehr- und Vortragstätigkeit im Bereich der Justiz einzustellen und ab 1.1.1977 keine Richteramts-, Rechtsanwalts- und Notariatsprüfung abzunehmen bzw. die Bestellung zum Prüfungskommissär abzulehnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

Anfrage:

1. Werden tatsächlich derzeit im Bereich der Justizverwaltung keine Vorbereitungskurse, bei denen Richter und Staatsanwälte als Vortragende eingesetzt wären, abgehalten?

- 2 -

2. Ist die Durchführung der Richteramts-, Rechtsanwalts- und Notariats- prüfungen und sonstiger Dienstprüfungen ab 1.1.1977 gefährdet?
3. Welche Maßnahmen werden Sie gegebenenfalls ergreifen, um den klag- losen Ablauf der Prüfungsvorbereitungskurse und der genannten Prüfungen zu gewährleisten?

Wien, 1976-12-17